Aus dem Ortsgemeinderat

Am 04.09.2014 fand in Feusdorf, im Bürgerhaus, eine öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Feusdorf statt.

Aus der öffentlichen Sitzung: Verpflichtung der Ratsmitglieder

Sachverhalt:

Gemäß § 30 der Gemeindeordnung (GemO) verpflichtet der geschäftsführende Ortsbürgermeister die Ratsmitglieder vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung namens der Ortsgemeinde durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Die Ratsmitglieder üben ihr Amt unentgeltlich nach freier, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmter Gewissensüberzeugung aus; sie sind an Weisungen oder Aufträge ihrer Wähler nicht gebunden.

Soweit sie in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, unterliegen die Ratsmitglieder dem besonderen Kündigungsschutz des § 18 a Abs. 4 GemO; ihnen ist auf Antrag die zur Wahrnehmung ihres Mandates notwendige freie Zeit zu gewähren.

Die Ratsmitglieder sind Inhaber eines Ehrenamtes. Die Übernahme eines Ehrenamtes beinhaltet die Pflicht zur gewissenhaften Erfüllung der Amtspflichten. Die förmliche Verpflichtung durch den Bürgermeister durch Handschlag bedeutet eine formale Bekräftigung dieser Pflicht.

Die Pflichten der Ratsmitglieder ergeben sich insbesondere aus:

- § 20 GemO, Schweigepflicht
- § 21 GemO, Treuepflicht
- § 22 GemO, Ausschließungsgründe sowie
- § 30 GemO, Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder.

Verweigert ein Ratsmitglied den förmlichen Akt der Verpflichtung durch Handschlag, so gilt dies als Verzicht auf den Amtsantritt. Der Verzicht auf das Mandat ist damit nicht verbunden. Ist ein Ratsmitglied erneut gewählt worden, ist gleichwohl eine erneute Verpflichtung vorzunehmen.

Die nachstehend aufgeführten Ratsmitglieder wurden über ihre Wahl in den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Feusdorf benachrichtigt und haben das Mandat angenommen:

1. May, Andreas

Unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeordnung wurde er durch den Ortsbürgermeister Franz-Josef Hilgers durch Handschlag verpflichtet. Gleichzeitig wurde ihm ein Kommunalbrevier ausgehändigt.

Ernennung, Vereidigung und Einführung in das Amt des Beigeordneten

Sachverhalt:

In der konstituierenden Sitzung des Ortsgemeinderates Feusdorf am 02.07.2014 wurde Herr Andreas May zum 2. Beigeordneten gewählt. Die Ernennung, Vereidigung und Einführung in das Amt des 2. Beigeordneten konnte in der Sitzung leider nicht erfolgen, da Herr May an dieser nicht teilnehmen konnte.

Beschluss:

Nach den Bestimmungen des § 54 GemO sind die Beigeordneten nach den Vorschriften des Landesbeamtengesetzes zum Beamten zu ernennen. Sie werden in öffentlicher Sitzung nach Aushändigung der Ernennungsurkunde vereidigt und in ihr Amt eingeführt.

- Bei Wiederwahl entfallen Vereidigung und Einführung. –

Die Ernennung, die Vereidigung und die Einführung der Beigeordneten erfolgen durch den Ortsbürgermeister.

Der Ortsbürgermeister Franz-Josef Hilgers gab bekannt, dass bei der nach § 53 a GemO stattgefundenen Wahl Herr Andreas May zum ehrenamtlichen 2. Beigeordneten der Ortsgemeinde Feusdorf gewählt wurde.

Nach den Bestimmungen des § 54 GemO werde er jetzt die vorgeschriebene Ernennung, Vereidigung und Einführung des 2. Beigeordneten der Ortsgemeinde Feusdorf vornehmen.

1. Ernennung und Vereidigung

a) Ernennung

Ortsbürgermeister Franz-Josef Hilgers las den Inhalt der Ernennungsurkunde vor und händigte Herrn Andreas May anschließend die Ernennungsurkunde aus.

Hierauf wurden der/dem Beigeordneten die nach § 51 Absatz 1 Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz (LBG) vorgeschriebene Eidesformel vorgelesen und darauf hingewiesen, dass der Diensteid auch in den nach § 51 Abs. 2 und Abs. 3 LBG möglichen Formen geleistet werden kann.

Der 2. Beigeordnete wiederholte unter Erheben der rechten Hand die ihm vorgespochene Eidesformel.

b) Diensteid

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

2. Amtseinführung

Im Anschluss an die Vereidigung und dem Hinweis auf die Bestimmungen, insbesondere § 50 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz, erklärte der Ortsbürgermeister Franz-Josef Hilgers: Herr Andreas May hiermit führe ich Sie gemäß § 54 GemO in Ihr Amt als 2. Beigeordneter der Ortsgemeinde Feusdorf ein.

Bildung der Ausschüsse; Rechnungsprüfungsausschuss - Wahl der Mitglieder und Stellvertreter

I. Wahlverfahren:

Entsprechend der Hauptsatzung wird in der Ortsgemeinde Feusdorf ein Rechnungsprüfungsausschuss gebildet.

Die Wahl der Ausschussmitglieder wird gemäß § 45 Absatz 2 GemO in Verbindung mit § 33 Abs. 3 KWG nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt.

Gewählt wird geheim mittels Stimmzettel. Jedes Ratsmitglied kann so viele Namen wählbarer

Personen auf dem Stimmzettel aufführen bzw. ankreuzen, wie Mitglieder in den Ausschuss zu wählen sind.

Auf jede Person, deren Name auf dem Stimmzettel vermerkt wurde, entfällt eine Stimme. Einer Person können nicht mehrere Stimmen gegeben werden. Die Sitze werden in der Reihenfolge der auf die einzelnen Personen entfallenen Stimmenzahl besetzt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Für die Bestimmung der stellvertretenden Ausschussmitglieder ist eine weitere gesonderte Wahl durchzuführen, bei der die v. g. Regelungen ebenfalls gelten.

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 III Nr. 1 GemO.

II. Bildung Wahlvorstand

Zur Durchführung der Wahl wurde ein Wahlvorstand gemäß § 25 Abs. 8 GeschO wie folgt gebildet:

1. Ortsbürgermeister	Franz-Josef Hilgers	als Vorsitzender und Wahlleiter
2. Ratsmitglied	Christine Michels	als Beisitzer, gem. § 25 Abs. 8 GeschO
3. Ratsmitglied	Gertrud Regnery	als Beisitzer, gem. § 25 Abs. 8 GeschO
4. Ratsmitglied	Iris Funk	als Schriftführer

III) Entscheidung über Größe und Mitglieder:

Der Ortsgemeinderat beschließt, dass der Ausschuss aus je 2 Mitgliedern und Stellvertretern besteht, welche gemäß den Bestimmungen der Hauptsatzung aus der Mitte des Gemeinderates zu wählen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen 0

IV) Wahl der Mitglieder:

Die Wahl erfolgt im Wege geheimer Abstimmung nach dem System der Mehrheitswahl durch Stimmzettel.

Bei der Wahl werden vorgedruckte Stimmzettel verwendet, sodass die Stimmabgabe durch Ankreuzen oder eine andere eindeutige Kennzeichnung erfolgt. Jedes Ratsmitglied hat zwei Stimmen. Gewählt sind die zwei Bewerber, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

V) Wahl der Stellvertreter:

Die Wahl der Stellvertreter erfolgt wie vor beschrieben, auch in geheimer Abstimmung:

VI) Feststellung des Wahlergebnisses:

Der Vorsitzende stellte sodann unter Hinzuziehung des Wahlvorstandes das Wahlergebnis wie folgt fest und gab dieses bekannt:

Ifd. Nr.	Mitglied	Stellvertreter
1.	Wolfgang Cawello	Funk Iris

2.	Christine Michels	Marius Michels
----	-------------------	----------------

Bildung der Ausschüsse; Haupt- und Finanzausschuss - Wahl der Mitglieder

Sachverhalt:

Nach den Bestimmungen der Hauptsatzung wird in der Ortsgemeinde Feusdorf einen Haupt- und Finanzausschuss gebildet.

Die Wahl der Ausschussmitglieder wird gemäß § 45 Absatz 2 GemO in Verbindung mit § 33 Abs. 3 KWG nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt.

Gewählt wird geheim mittels Stimmzettel. Jedes Ratsmitglied kann so viele Namen wählbarer Personen auf dem Stimmzettel aufführen bzw. ankreuzen, wie Mitglieder in den Ausschuss zu wählen sind.

Auf jede Person, deren Name auf dem Stimmzettel vermerkt wurde, entfällt eine Stimme. Einer Person können nicht mehrere Stimmen gegeben werden. Die Sitze werden in der Reihenfolge der auf die einzelnen Personen entfallenen Stimmenzahl besetzt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Für die Bestimmung der stellvertretenden Ausschussmitglieder ist eine weitere gesonderte Wahl durchzuführen, bei der die v. g. Regelungen ebenfalls gelten.

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 III Nr. 1 GemO.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt, dass der Ausschuss aus 12 Mitgliedern besteht. Stellvertreter sollen keine bestellt werden. Nach den Bestimmungen der Hauptsatzung sind diese 12 Mitglieder aus der Mitte des Gemeinderates zu wählen. Da der Gemeinderat ausschließlich aus 12 Ratsmitgliedern besteht, kann in diesem Falle auf die o. g. Wahl verzichtet werden, da alle 12 Ratsmitglieder somit kraft Ihres Ratsmandates Mitglied im Ausschuss sind.

Ausbau der K69/70 - aktueller Sachstand

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat sehr eingehend über den aktuellen Sachstand und insbesondere über den Ortstermin mit Herrn Landrat Thiel und den anschließenden Schriftverkehr.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat nimmt Kenntnis von der aktuellen Sachstandsschilderung. Außerdem stimmt der Ortsgemeinderat dem Beschluss der Kreisverwaltung nicht zu.

Neufassung der Hundesteuersatzung zum 01.01.2015 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die aktuelle Rechtsprechung und das daraus resultierende neue Satzungsmuster von Rheinland-Pfalz, das eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Gemeinde- und Städtebundes und des Städtetages Rheinland-Pfalz unter Beteiligung des Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur erarbeitet hat, ist Anlass für die Neufassung der Hundesteuersatzung mit Wirkung ab dem 01.01.2015.

Dem Rat wurde der Entwurf der Neufassung der Hundesteuersatzung, die als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügt ist, vorgestellt und erläutert.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die Satzung für die Erhebung der Hundesteuer.

4. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Feusdorf

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat hat in seiner Sitzung vom 25.09.2013 beschlossen, dass aufgrund eines Bodengutachtens keine Erdbestattungen auf dem Erweiterungsteil des Friedhofes, Abschnitt C, mehr stattfinden können. Dieser Abschnitt C (ohne besondere Gestaltungsmöglichkeiten) muss daher auf einem anderen Teil des Friedhofes ausgewiesen werden.

Da aus der Bevölkerung nachgefragt wurde, ob auch Erdbestattungen als Rasengrab möglich sind, soll nunmehr auch diese Art der Bestattung ermöglicht werden.

Die Größe der Steinplatten auf den Rasengräbern wird geändert auf eine Größe von 50 x 30 x 4 cm .

Aus den vorgenannten Gründen ist eine Änderung der Friedhofssatzung erforderlich.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die 4. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung.

Abschluss eines neuen Gaskonzessionsvertrages

Sachverhalt:

Der bisherige Gaskonzessionsvertrag läuft am 02.11.2014 aus. Die Beendigung des Vertragsablaufs wurde am 02.02.2012 öffentlich bekanntgemacht und interessierte Versorgungsunternehmen aufgefordert bis zum 30.04.2012 ihr Interesse zu bekunden.

Während der genannten Frist haben ihr Interesse die

- EVM-Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz
- SWT- Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH

bekundet.

Mit erheblicher Verspätung hatte zwar noch die Kreis-Energie-Versorgung Schleiden, Kall, ihr Interesse bekundet. Der Ortsgemeinderat hat jedoch in der Sitzung am 07.03.2013 entschieden, die letztere Interessenbekundung nicht mehr zu berücksichtigen, da wegen der noch verbleibenden Zeit es nicht mehr durchführbar war, eine erneute öffentliche Bekanntmachung und den gesamten Ablauf eines Auswahlverfahrens noch geordnet durchlaufen zu können. Ferner hatte der Ortsgemeinderat in dieser Sitzung die Auswahlkriterien einschließlich der Gewichtung für die Vergabe der Gaskonzession festgelegt.

Mit Schreiben vom 13.06.2013 wurden die beiden Unternehmen aufgefordert, ein konkretes Angebot abzugeben und gebeten auf die einzelnen Punkte der Auswahlkriterien schriftlich einzugehen. Als Anlage zu dem Schreiben war ferner ein „Muster-Konzessionsvertrag“ beigefügt mit der Bitte zu prüfen, inwieweit das Unternehmen diesen als Konzessionsvertrag übernehmen möchte. Beide Unternehmen haben ein Angebot abgegeben, dieses präsentiert und nach einer Verhandlungsrunde ihr Angebot jeweils noch nachgebessert.

Im Ergebnis des beschriebenen Auswahlverfahrens wurden sämtliche Bewertungen der Bewerber und der Vertragsangebote in einer vorgeschlagenen Entscheidungsmatrix zusammengefasst. Dabei wurde die Gewichtung der Auswahlkriterien für die Vergabe zugunsten der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, definiert. Begründet wird dies insbesondere damit, dass sie den übersandten „Muster-Konzessionsvertrag“ weitgehend übernommen, diesen im Sinne

des § 1 EnWG ergänzt und erweitert haben, so dass einige Regelungen, z. B. über Folgekosten der Gemeinde, Stilllegung von Anlagen, Change of Control-Klausel, Informationsangebot usw. kompetenter im Sinne der Gemeinde gestaltet sind. Mit ihrem vorhandenen Kundenzentrum in Gerolstein stellt sie einen umfassenden Entstörservice und Kundenberatung vor Ort sicher.

Es wird vorgeschlagen, die Konzession an die Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, zu vergeben.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt den neuen Gaskonzessionsvertrag mit der Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) abzuschließen.